

Preis: 2 rk. C. M.

# Keine Republik.

Was noch vor nicht langer Zeit in Deutschland unmöglich schien, ist möglich geworden: die ernsthafte Erörterung der Frage ob Republik, ob Monarchie. Die Aufreizungen, die noch vor weniger als hundert Jahren spurlos an Deutschland vorübergingen, finden jetzt einen durchfurchten Boden und Dank sei es den Nachbetern des französischen Wesens, an denen es in Deutschland niemals gefehlt hat. Dank sei es den Wählern, welche das Gesetz im Munde und die Herrschaft im Herzen führen, Dank endlich und vor Allen Dank den pflichtvergessenen Dienern verblendeter Fürsten, die nicht müde geworden sind, die Gesetze zu verletzen und die Treue zu brechen, so oft es galt, ihre Gelüste zu befriedigen: wir sind an dem Punkte angekommen, wo eine nicht geringe Anzahl jede Versöhnung mit der Monarchie für unmöglich hält. Sie würde verloren sein, wenn sie nicht mit der letzten Kraftanstrengung noch das Banner der Pressfreiheit aufgepflanzt hätte, unter dem ein Kampf mit gleichgetheilter Sonne möglich ist, denn freuen wir uns, die Herwegh, die Bornstedt, die Fickler und die Börnstein, Verräther am deutschen Geiste wie am deutschen Volke, die ihm wider seinen Willen mit fremden Waffen die fremde Gabe aufdringen möchten, sind noch selten in Deutschland, und wenn auch noch einige Andere die gleiche Neigung haben, so schämen sie sich doch zur Zeit noch des fremden Beistandes und möchten wenigstens mit eigener Gewaltthat erringen, was sie mit aufrichtigem Herzen für das Beste halten mögen, was uns aber unter Vormundschaft dieser Herren ganz eben so wenig behagt, wie uns bisher die

österreichische, russische und preussische Vormundschaft zu gesagt hat.

Offen wie es sich bei freier Presse geziemt, bekennen wir uns zu ganz entschiedenen Gegnern der Republik; nicht an sich und unbedingt, denn wir halten sie in Amerika für weitaus die bestmögliche Regierungsform, wohl aber für Europa und ganz besonders für Deutschland. Unsere Gründe sind zahlreich und wir legen dieselben bereitwillig der allgemeinsten Prüfung vor; die strengste wird uns die willkommenste sein, weil wir aus derselben mit dem entschiedensten Siege hervorzugehen hoffen.

Unser erster Grund ist der, daß die Republik eine Regierungsform ist, die nur bei sehr einfachen Sitten, großer Aufopferungsfähigkeit ihrer Mitglieder und in solchen Ländern möglich ist, die genügenden Raum für eine unbefriedigte Bevölkerung haben. Wo einfache Sitte herrscht und wo dieselbe so mächtig ist, daß sich derselben Alles freiwillig unterwirft, da ist die Republik möglich, eben weil die eingeborene Sitte herrscht und die Regierungsgewalt nicht leicht in Gegensatz mit den einzelnen Mitgliedern des Staates gerathen kann. Unter solchen Umständen regiert sich das Ganze mehr von selbst; es ist bei der Regierungsgewalt weder Ehre noch Ansehen zu holen, und es kommt wenig darauf an, ob die Grauen mit oder ohne sichtbares Oberhaupt die Geschäfte schlichten, denn das eigentliche Oberhaupt ist die Allgewalt der Sitte.

In ähnlicher Weise ist die Republik dann möglich, wenn sie als angestammte Regierungsform so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß die Männer, welche durch ihr

Uebergewicht derselben gefährlich werden könnten, Selbstüberwindung genug besitzen, um sich selbst der Regierungsform zu opfern, wie uns in Rom und Griechenland nicht selten Beispiele begegnen, schon beide Länder gleich geeignet sind, uns zu überführen, daß mit der Verfeinerung der Sitten und mit der Zunahme des Reichthums auch die Selbstsucht wächst. Daß alle Republiken des Alterthums in Monarchie mit äußerster Knechtschaft des Einzelnen enden, sollte uns billig ein Bedenken über die Vorzüge einer Regierungsform erregen, deren keine über 500 Jahr gedauert hat — denn unter Sylla war die römische Republik dem Wesen nach zu Grabe getragen, — während wir viele mehr als tausendjährige Monarchien ohne bemerkbare Abnahme ihrer Lebensfähigkeit gesehen haben. Der dritten Gattung gehören die Vereinigten Staaten von Nordamerika an, welche seit 75 Jahren bestehen und welche allerdings, auch nach unserer Ansicht, noch im Aufblühen begriffen sind, welche aber den gar nicht hoch genug anzuschlagenden Vortheil unermesslicher Wildnisse besitzen, die nicht nur die überflüssige und entartete Bevölkerung der großen Städte aufnehmen, sondern auch die einfachen Sitten immer neu gebären, durch welche sich Amerika an die erste Klasse der Republiken anschließt; denn alle Kenner Amerikas sind darüber einverstanden, daß die eigentlichen Republikaner aus den Hinterwäldlern sich erneuen, und wären die Whigs am Ruder geblieben, so dürfte Amerika jetzt schon unter einer Ruthe seufzen, die den glänzendsten Zeiten von Venedig und Genua auch nicht das Mindeste nachgeben würde.

Ein zweiter Grund, aus dem wir die Republik dem gesammten Europa, am wenigsten aber Deutschland für zuträglich halten, ist die Kostspieligkeit dieser Regierungsform, denn das gerade gehört zu den trügerischen Vorspiegelungen der deutschen Republikaner, daß sie den kurz-sichtigen Massen einzureden suchen, daß, weil ein Präsident nur 25,000 Doll., ein König vielleicht eine Million jährliche Einkünfte bezieht, nun auch die Republik im Ganzen die wohlfeilere Regierungsform sein müsse. Die Täuschung ist leicht nachzuweisen, und sehen wir ganz davon ab, daß in den bisherigen Monarchien, mit alleiniger Ausnahme Englands, ein ungeheurer Regierungsaufwand für Militär und überflüssige Beamte gemacht worden ist, der erste, weil die Staaten sich gegenseitig hinaufschraubten, der zweite, weil eben viel zu viel regiert wurde, was Beides keine nothwendigen Zugaben der Monarchie sind; sehen wir ferner davon ab, daß bei Wei-

tem der größte Theil der in Deutschland bezahlten Civilisten aus dem ursprünglichen Privateigenthum der regierenden Familien entnommen wird, so betragen sämmtliche jährliche Einkünfte der deutschen Fürsten mit ihren Familien nicht über 10 Mill. Thaler und mithin binnen vier Jahren etwa 40 Mill., eine Summe, von welcher, da doch die Fürsten nicht mehr essen und trinken, als andere Menschen, gewiß neun Zehnteile in der Form von Gehältern, Pensionen, Unterstützungen, Arbeitslöhnen und Almosen in das Volk wieder zurückfließen und auf diesem Wege in gar nicht zu berechnender Weise zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes beitragen. Nehmen wir dagegen an, wir hätten einen Präsidenten mit 30,000 Thlr. Gehalt, so würde dieser Gehalt in den vier Jahren seiner Amtsdauer allerdings nur 120,000 Thlr. ausmachen, diese aber, da der Präsident keinen Ehrenaufwand zu machen genöthigt werden kann, auch keinen Einfluß auf die Gewerbe im Lande ausüben. Was aber kostet es dem Lande, um diesen Präsidenten zu wählen? Deutschland hat nach den neuesten Volkszählungen 40 Millionen Einwohner, unter welchen sich, wenn man bekannte statistische Verhältnisse zum Grunde legt, etwa 15 Millionen Mündige und nach der neuesten Gesetzgebung eben so viel Wahlberechtigte befinden. Mögen diese Wähler nun auch ihr Wahlgeschäft mit noch so viel Beschleunigung abthun, so erfordert die Anmeldung, Abgabe der Stimmzettel und Eröffnung derselben, ohne alle Rücksicht auf Umzüge, Festlichkeiten, Anführung der Wahlkandidaten und was sonst damit verbunden ist, einen Zeitaufwand von vier Tagen für jeden Wähler, und schlagen wir, in Berücksichtigung, daß unter den Wählern sich Geschäftsleute, Meister und Künstler befinden, den durchschnittlichen Arbeitsverdienst, gewiß nicht zu hoch, mit einem Thaler an, so würde die jedesmalige Präsidentenwahl 60 Mill. Thaler kosten, und zwar wirklich kosten, denn diese ungeheure Summe würde nicht, wie bei der Civilliste, nur aus einer Hand in die andere gehen, sondern sie würde nicht verdient und also dem Nationalvermögen vollständig verloren gehen. Und wird in Rechnung gebracht, wie viel Zeit bei einer freien Verfassung, auch wenn das Staatsoberhaupt nicht wechselt, durch die Wahlen der Abgeordneten, der Gemeindevertreter und unzähliger Beamten ohnehin verloren geht, so dürfte eine kaum glaubliche Summe herauskommen und unser Satz, daß die Republik eine sehr kostspielige Regierungsform sei, als erwiesen gelten müssen.

Die Nachteile aber steigern sich noch bis in das Un-

endliche in einem Staate, welcher nicht bloß oder doch nicht hauptsächlich auf Ackerbau, sondern auf eine eng ineinandergreifende Gewerbsthätigkeit gegründet ist, denn hier müssen auch die Einflüsse der unzähligen Wahlaufregungen auf die ganze gewerbliche Bevölkerung sowie auf Handel und Wandel in Anschlag gebracht werden. Ziehen wir in Betracht, daß künftig in allen deutschen Staaten jährliche Landtage und schwerlich längere als dreijährige Wahlen stattfinden werden, daß eben so oft der Reichstag sich versammelt, daß die Kirche einer ähnlichen Gestaltung entgegengeht, und eine Menge Verwaltungsgegenstände, die bisher dem Staate obgelegen haben, in Folge des Grundsatzes der Selbstverwaltung an die Gemeinden und freie Gesellschaften übergehen werden, so ist leicht zu ermessen, daß eine Menge von Zeit, von Geld und von geistiger und leiblicher Kraft in Anspruch genommen werden wird, die nothwendig den häuslichen und gewerblichen Beschäftigungen entzogen werden muß. Sollten nun hierzu noch 38 oder so und soviel Republiken und überdies eine Bundesrepublik eingeführt werden, so ist leicht einzusehen, daß mehr Zeit und Kräfte in Anspruch genommen werden würden, als ein so dicht bevölkertes Land, wie Deutschland, entbehren kann. Jeder Unbefangene wird aber zugeben, daß, wenn auch solche Versäumnisse leichter verschmerzt werden können, wo die Arbeitslöhne hoch und die Lebensmittel niedrig stehen, wie in Amerika, dies keineswegs der Fall ist, wo das umgekehrte Verhältniß stattfindet, wie in Deutschland, und wo Jeder, der auch nur eine mäßige Familie hat, mit aller Anstrengung arbeiten muß, um ehrlicher Weise auszukommen. Hat man doch oft schon über die Gleichgültigkeit der Deutschen in politischen Dingen geklagt, und da die jetzige allgemeine Aufregung deutlich genug beweist, daß nicht Mangel an politischer Bildung die Ursache sein kann, so muß dieselbe in den gewerblichen Verhältnissen liegen, wie dies in England ganz derselbe Fall ist. Auf diese Art kann es aber geschehen, daß bei den breitesten Wahlunterlagen und bei der freisinnigsten Verfassung die öffentlichen Angelegenheiten in die Hände einer kleinen Anzahl von Ehrgeizigen gelangen, die entweder reich genug sind, die Stimmen der eigentlichen Nichtsthuer zu kaufen, oder sich dieselben durch Schmeichelei und Vertröstung auf die Güter der Besitzenden zu sichern.

Wir erklären uns ferner aus dem Grunde gegen die Republik, weil alle wahren Vortheile, welche sie darbietet, auch in der Monarchie den Bürgern gewährt werden können, ohne daß man nöthig hätte, die Uebel mit in den

Kauf zu nehmen, die von der Republik unzertrennlich sind. Alle die Rechte, welche Amerika seinen Bürgern gewährleistet, besaß schon früher das englische Volk, welches sie erst auf den Tochterstaat übertragen hat; es besitzen dieselben Belgien, Norwegen, Ungarn, und sie sind heute den Deutschen von allen unsern Fürsten zugestanden worden, nachdem wir sie erst im Laufe der Zeit an den Staat verloren hatten; es wird nur an uns liegen, dieselben in Zukunft besser zu bewahren.

Frankreich aber besitzt dieselben nicht oder doch nur dem Namen nach, denn dort herrschen die rohen Massen, die überall keinen Widerspruch dulden, was sich auch bei uns in allen Volksversammlungen gezeigt hat, die ausschließlich oder doch zum größern Theile aus Anhängern der Republik gebildet waren. In Frankreich gibt es keine unantastbare Persönlichkeit, denn es kommen täglich gewaltsame Verhaftungen vor; es besitzt kein Petitionsrecht, denn die Arbeiter verhöhnen die bittenden Nationalgardien; es gibt kein Eigenthum, denn die Regierung und der Pöbel legen die Hand an Alles, was ihnen zusagt, und die sieben erschossenen Diebe der Revolution wiegt reichlich der Verlust auf, welchen die Unsicherheit des Eigenthums seitdem veranlaßt hat. Frankreich besitzt keine Pressfreiheit, denn die Presse selbst ist mit der Zerstörung bedroht gewesen und weder die Regierung noch die Nationalgarde haben sie zu schützen gewagt; das Geschwornengericht ist zum Spotte geworden, denn die Arbeiter gebieten die Erkenntnisse mit größerer Frechheit, als jemals die Cabinetsjustiz geübt worden ist; ja sogar an das Postgeheimniß hat die republikanische Regierung die Hand gelegt, welches der Kaiser von Oesterreich der Ehre der sämtlichen Postbeamten anvertraut hat.

Dieselben Erscheinungen aber haben sich in allen Republiken von den ältesten Zeiten an wiederholt, und es liegt in der Natur der Dinge, daß Zustände, die von den wechselnden Stimmungen alljährlich wiederkehrenden Wahlen abhängen, unmöglich die Dauer und Festigkeit erlangen können, wie die, worin sich nach einmal erfolgter Feststellung Alles in geregelten Bahnen bewegt; wo ein Haupt vorhanden ist, welches selbst über die Dauer der Geschlechter hinaus bei Erhaltung der Ordnung und der unbedingten Herrschaft des Gesetzes theilhaftig ist. Wie hätte sich sonst auch bei den gänzlich verrotteten Zuständen Europa's, bei der öffentlichen Rechtslosigkeit der Bürger, bei der eingewurzelten Herrschaft des Vorrechts, bei der Heimlichkeit, mit welcher Alles geschah, eine noch irgend

erträgliche Lage der Dinge erhalten können, wie sie doch in vielen Ländern Europa's wirklich stattfand, wenn nicht der Monarchie ein bedeutendes erhaltendes Element inwohnte, welches noch keine Republik der Neuzeit auch nur in annähernder Weise bewährt hat? Ganz anders und noch viel günstiger aber gestalten sich die Verhältnisse in der konstitutionellen Monarchie, in welcher alle Rechte, die dem Menschen freiste Ausbildung sichern, unter dem Schutze des Gesetzes stehen, welches selbst als der geregelte Ausdruck des Gesamtwillens sich geltend macht, dem der Fürst wie der geringste Bürger gleichmäßig unterworfen ist, wo die unbedingteste Oeffentlichkeit herrscht und die verschiedenen Glieder des Volkes so wenig sich stören, daß der höchste Zweck der konstitutionellen Monarchie, wornach Alle im entsprechendem Verhältniß ihres geistigen und leiblichen Vermögens an der Ordnung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten theilnehmen, sich fast von selbst erfüllt, die höchste Würde aber dem Bereich des Ehrgeizes entrückt ist, so daß an die Stelle des verzehrenden Feuers die wohlthätige Wärme der Hingebung tritt.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Monarchie so fest mit den Gewohnheiten und Lebensanschauungen Europas, insbesondere aber Deutschlands verbunden ist, daß wie sich schon auf der frankfurter Versammlung gezeigt und noch viel deutlicher bei der Mainzer Versammlung zeigen wird, die ungeheure Mehrheit sich ganz unbedingt dafür aussprechen dürfte. Sollen aber einmal die Mehrheiten herrschen, so muß auch die Stimme der monarchischen Mehrheit gelten und die geringe Zahl Derer, die uns von Frankreich das Heil bringen oder in thörichter Selbstverblendung sich für befähigter halten, Deutschland zu Glück und Wohlstand zu führen, als unsere angestammten Fürsten. Sie haben mindestens Nachgiebigkeit genug bewiesen, dem erklärten Willen ihrer Völker ihre eigenen Ansichten zu opfern, was jene selbstsüchtigen Weltverbesserer nicht über sich gewinnen können. Fragen wir in ganz Deutschland, ob es sich lieber von seinen Fürsten, die es erprobt hat, oder von einem Hoff, einem Fickler, einem Ronge, einem Herwegh, einem Bornstein, einem Ziß, einem Pflüger, einem Struve, einem Bornstedt oder selbst von einem Blum oder einem Ißstein, die es noch nicht erprobt hat, abwechselnd regieren lassen wolle, so sind wir

nnsers Theils vollkommen überzeugt, die Entscheidung dürfte keine zweifelhafte sein. Haben auch unsere Fürsten ihre Fehler, so haben doch die meisten auch hohe Tugenden in die Waagschale zu legen, und hatte eine erbliche Staatsweisheit unsere Fürsten mit einem Netz von Lüge und Selbstsucht umgarnt, so haben doch weit die meisten sich von persönlicher Theilnahme freigehalten, während die Führer der deutschen republikanischen Partei ohne Ausnahme durch Unwahrheit, Heuchelei und Leidenschaftlichkeit sich bestreckt, und in Rücksichtslosigkeit der Wahl der Mittel zu ihren Zwecken sind sie selbst von den Jesuiten unübertroffen. Selbstsucht ist ihre Triebfeder und Volkswohl ihre Maske; ihr Ausgang aber wird die Entlarvung sein.

Wenn wir uns aber dieser offenen Anerkennung der Vorzüge der Monarchie vor der Republik ungeachtet, in Beziehung auf den deutschen Bund für einen Wahlkaiser auf kurze Zeit erklärt haben, so geschieht es hauptsächlich, weil es sich hier nur um die Einheit der Verwaltung in gegebenen Grenzen und um die Vertretung des Bundes nach außen handelt, die wir dem Tüchtigsten aus der Reihe der Fürsten anvertraut sehen möchten, weil wir zugleich die persönliche Verantwortlichkeit des Reichsoberhauptes der bloßen Verantwortlichkeit seiner Minister vorziehen, diese aber nur bei einer zeitweiligen Amtsführung wirksamen Platz greifen kann. Je mehr noch der Sondergeist in Deutschland spukt und gerade in den Ländern und Gegenden sich laut macht, die sich am meisten der Republik zuneigen, in Baden und dem obern Württemberg, desto dringender ist es nöthig, das gleiche Recht Aller anzuerkennen und jede Einrichtung zu vermeiden, die auch nur scheinbar einem Volke das Uebergewicht über das andere zu verschaffen im Stande wäre. Wir verwerfen das erbliche Kaiserthum Oesterreichs aus Pfizer's Gründen; wir verwerfen aber auch das erbliche Kaiserthum Preußen, weil dann nicht Preußen in Deutschland, sondern Deutschland früher oder später in Preußen aufgehen würde; wir wünschen vielmehr, daß jedes deutsche Land unter seinem angestammten Fürsten die neuerworbenen Rechte pflege und ausbilde, daß aber der Würdigste im Felde führe und der Würdigste wird überall Der sein, welcher gelernt hat, sich selbst am meisten zu beherrschen. Denn wer herrschen will unter uns, der soll Aller Diener sein.

Gedruckt bei J. W. Wallishäuffer.

Sammlung L. A. Frankl